

AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

Post CH AG

Adressänderungen bitte an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
adressen@gsa.ch

GSoA

GSOA-ZITIG NR. 190
JUNI 2022

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA

Krieg gegen die Ukraine

Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine riss tausende Soldaten in ihr Verderben. Die finanzielle Situation und Perspektivlosigkeit in Russland zwingt viele junge Männer dazu, der Armee beizutreten.

SEITE 4

Klima und Krieg

Die Bekämpfung der Klimakrise und das Ende des Krieges gegen die Ukraine könnten auf einem gemeinsamen Weg angegangen werden. Doch Schweizer Grossbanken haben andere Interessen.

SEITE 5

F-35

Obwohl im Abstimmungskampf versichert wurde, das ausufernde Terrorgesetz würde nicht gegen friedliche politische Gegner*innen eingesetzt, wird sein wahrer Zweck immer klarer. SEITE 6

Massive Repression im Sudan

Auf den Militärputsch vom vergangenen Jahr hin brachen im Sudan grosse pro-demokratische Proteste aus. Ihnen wird mit massiver Repression begegnet.

SEITE 8

ANTIMILITARISMUS IN KRIEGSZEITEN



Liebe Leser*innen

In dieser Ausgabe beschäftigen wir uns intensiv mit Putins schrecklichem Angriffskrieg in der Ukraine und insbesondere mit der Rolle der Schweiz in dieser Krise. Wir beleuchten aber auch die Situation russischer Soldaten und Kriegsdienstverweigerer, diskutieren, weshalb Antimilitarismus und Abrüstungsforderungen gerade auch in Kriegszeiten wichtig sind und gehen auf die Verbindung zur Klimakrise ein. Allerdings müssen wir darauf hinweisen, dass Redaktionsschluss bereits Anfang Mai war und die Artikel somit leider bei Herausgabe nicht unbedingt auf dem aktuellsten Stand bezüglich dem Kriegsverlauf sind.

Des Weiteren blicken wir gemeinsam auf Friedenskundgebungen, den Ostermarsch sowie die Vollversammlung Ende April zurück. Auch der F-35 bleibt natürlich nicht aussen vor: Nebst einem Update zum aktuellen Stand zeigen wir in dieser Ausgabe, weshalb das Engagement gegen die fehlerhaften Kampffjets weiterhin und insbesondere jetzt wichtig und richtig ist – selbst wenn Viola Amherd und die Bürgerlichen skandalöse, undemokratische Kommentare zu unserer Initiative abgeben. Während die gebannte Aufmerksamkeit der Welt auf der Ukraine liegt, passiert auch im Sudan Einiges: Dort gibt es seit dem Militärputsch letztes Jahr pro-demokratische Aufstände, die allerdings mit brutaler Repression zurückgeschlagen.

In der Schweiz soll hingegen das Dienstpflichtsystem erneuert werden. Von den ursprünglich vier Favoriten des Bundesrates, von denen gerade mal eines einigermaßen sinnvoll gewesen wäre, werden nun nur noch zwei in Betracht gezogen. Die verschiedenen Varianten werden auf Seite 7 genauer vorgestellt, begleitet von einer Einordnung der GSoA zur Sinnhaftigkeit der Vorlagen.

Schliesslich behandeln wir in dieser Ausgabe auch die Kriegsmaterialexportzahlen für das gesamte Jahr 2021, welche zwar nicht das Rekordjahr 2020 überstiegen, aber doch den Aufwärtstrend der letzten Jahre weiterhin verfolgen.

Wir wünschen euch viel Spass beim Lesen.

Anna Lindermeier

und das gesamte Redaktionsteam.

Impressum

Redaktion: Anja Gada, Jonas Heeb, Anna Lindermeier (verantwortlich), Lukas Bürgi, Andreas Weibel, Adi Feller, Oger, David Raccaud, Pauline Schneider, Fabio Briante, Martin Parpan, Josef Lang, Vanessa Bieri, Lewin Lempert

Cartoons: Oger | **Gestaltung:** Regula Meili | **Übersetzung:** Catherine Jost | **Druck:** ROPRESS Zürich | **Auflage:** 17'500, mindestens viermal jährlich | **Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.–/ Nichtverdienende Fr. 50.–** Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.– PC-Konto: PC 40-37315-5 | **Verlag:** GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

Leser*innenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Die Redaktion behält sich vor, Zusendungen zu kürzen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Inhalte dieser Zeitung unterstehen der CreativeCommons-Lizenz CC BY-ND-NC 4.0. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.

RÜCKBLICK

Nicht gegen den Krieg, sondern für den Frieden

Das Bestürzen, die Angst und die Hilflosigkeit waren gross als die Situation in der Ukraine sich zuspitzte und schliesslich die ersten russischen Truppen in der Ukraine einmarschierten – auch in der GSoA. Wie reagiert man auf einen Krieg, der fast 3000 Kilometer entfernt stattfindet? Wie schon 2003 entschied man sich als allererstes für eine Kundgebung und aus einer wurden viele. VANESSA BIERI

Am 23. Februar, am Abend vor dem Ausbruch des Krieges rief die GSoA zu einer Protestaktion vor der Russischen Botschaft in Bern auf. Rund 200 Menschen folgten diesem Ruf und kamen, um Blumen und Kerzen niederzulegen und gegen die bevorstehende Invasion Putins in der Ukraine zu protestieren. Noch in derselben Nacht erklärte Vladimir Putin der Ukraine den Krieg und viele Befürchtungen wurden Realität. Zur ersten Demonstration der GSoA

in Zusammenarbeit mit den Jungen Grünen, Campax, GRÜNE, SP, JUSO, Public Beta, Schweizerischer Friedensrat, Libereco, Frauen* für den Frieden, WILPF Schweiz und PWAG am 26. Februar kamen dann bereits 20'000 Menschen. In den folgenden Wochen gab es dann zahlreiche Kundgebungen und Demonstrationen in den verschiedensten Schweizer Städten und die Solidarität schien riesig. Etwas machen zu können – selbst, wenn es nur ein

Zeichen setzen war – gab den Menschen sowohl in der Schweiz als auch in der Ukraine Hoffnung und Kraft.

Unter dem Motto «Kein Erdgas, kein Krieg» benannten GSoA, SP, Juso, Junge Grüne und Grüne mit einer Demonstration am 12. März auch ganz konkret ein Hauptproblem des Krieges und der Rolle der Schweiz darin. Denn mit der Tatsache, dass rund 80% des russischen Rohstoffhandels über die Schweiz läuft, hat unser Land einen konkreten Hebel, um die russischen Kriegskassen nicht weiter zu unterstützen. Die Regierung scheint dies jedoch zu ignorieren weshalb wir weiterhin Druck aufbauen werden.

VOLLVERSAMMLUNG

Rückblick zur 41. GSoA Vollversammlung

Am 24. April hielt die GSoA ihre 41. Vollversammlung im Hotel Kreuz in Solothurn ab. Im Zentrum stand der Krieg in der Ukraine. Dazu wurde eine Resolution verabschiedet mit der Position und den wichtigsten Forderungen der GSoA. Zudem widmeten wir uns der Initiative gegen den F-35. JONAS HEEB

Pandemiebedingt fand die letzte Vollversammlung zwar erst vor einem halben Jahr statt, trotzdem gab es auf viele Ereignisse zurückzuschauen. Der schreckliche Angriffskrieg Putins

in der Ukraine steigerte die Aktivität der GSoA unverhofft im letzten Halbjahr.

Der Krieg war auch inhaltlich Thema. 80% des russischen Rohstoffhandels laufen über die Schweiz ab. Damit muss endlich Schluss sein.

Das sah auch die Vollversammlung so, die eine Resolution mit unter anderem dieser Forderung verabschiedete. Weiter fordert die GSoA Botschafts asyl für russische Kriegsdienstverweigerer, sowie dass die Schweiz endlich den Vertrag über das Verbot von Atomwaffen ratifiziert. Die Haltung der GSoA wurde mit einem Transparent klar ausgedrückt: Solidarität und Sanktionen statt Aufrüstung!

Die Diskussion über den Krieg wurde mit einem Referat des österreichisch-afghanischen Journalisten und Autors Emran Feorz abgerundet, der uns über die Situation in Afghanistan berichtete. Ein Konflikt, der nach wie vor hochaktuell ist aber leider etwas vergessen geht und den Erman Feroz in seinem Buch «Der längste Krieg. 20 Jahre War on Terror» beschreibt.

Ausserdem widmeten wir uns unserer Initiative gegen den F-35. Wir trotzen den undemokratischen Aufforderungen der Bürgerlichen und Bundesrätin Amherd nach Abbruch der Initiative und sind bereit für den Endspurt.



Aktion an der Vollversammlung zum Krieg in der Ukraine. Foto: GSoA

OSTERMARSCH

Der erste Ostermarsch nach der Pandemie fand im Schatten des Krieges statt

Der traditionelle Berner Ostermarsch konnte nach zwei Jahren Pause am Ostermontag den 18. April wieder stattfinden. Neben dem Ukraine-Krieg als offensichtlichem Hauptthema der Friedensbewegung stand er unter dem Motto «Klima schützen, Frieden schaffen!», das vor dem Krieg gewählt wurde LUKAS BÜRGI

Die ca. 1000 Teilnehmenden besammelten sich wieder wie gewohnt auf der Eichholzwiese und spazierten dann mit vielen Friedensfahnen und diversen Transparenten zum Münsterplatz, wo es Reden, Live-Musik und Verpflegung gab.

In ihrer Rede machte Andrea Nagel, Geschäftsleiterin der feministischen Friedensorganisation cfd, auf die rassistische Ungleichbehandlung von Flüchtenden aufmerksam, sowohl in der Ukraine wie auch in der Schweiz. Die Grenzen sollen für alle offen sein, egal vor welchem Krieg sie fliehen müssen.

Eine weitere Rede hielt Carola Rackete, die deutsche Kapitänin, die 2019 auf dem Mittelmeer Flüchtende aus der Seenot rettete und entgegen dem Widerstand italienischer Behörden an Land brachte. Aus eigener Erfahrung berichtete sie, wie im Umgang mit Flüchtenden an den Grenzen Europas die Menschenrechte seit Jahren missachtet werden und dass diese Praxis bis heute weiter besteht.

Die Verbindung des Ukraine-Krieges mit dem ursprünglichen Thema «Klima schützen, Frieden schaffen!» stellte Stefan Salzmann in

seiner Rede klar. Er ist Co-Präsident der Klima-Allianz Schweiz und Klimabeauftragter bei der Fastenaktion. Er zeigte auf, dass ein Verzicht auf die Nutzung fossiler Energien nicht nur die Klimakrise abfedert, sondern auch die Finanzierung des Kriegsregimes von Vladimir Putin ausbremst. Dabei erwähnte er auch, dass die Schweiz als Verbraucherin von fossilen Energieträgern, als Handelsplatz von Rohstoffen und als Finanzplatz eine wichtige Rolle einnimmt.

Für die GSoA ist klar, dass wir uns auch weiterhin einsetzen werden für harte Sanktionen gegen den Kriegsverbrecher Putin und sein Regime. Insbesondere Öl und Gas dürfen weder von Russland noch von anderen kriegstreibenden Unrechtsregimes gekauft werden.

KRIEG GEGEN DIE UKRAINE

Putins Krieg gegen die Ukraine

Der Hauptgrund für den Angriffskrieg gegen die Ukraine liegt im grossrussischen Chauvinismus. JOSEF LANG

Drei Tage vor der Invasion hielt Wladimir Putin eine Rede, in der er enthüllte, warum er die Ukraine als Nation grundsätzlich in Frage stellt. Er beansprucht sie für Russland als «integralen Bestandteil unserer eigenen Geschichte, Kultur und unseres spirituellen Raumes». Mit letzterem meint er die Orthodoxie, und zwar die russische. Er streitet das Recht des ukrainischen Volkes auf einen eigenen Staat ab. Diesen nennt er eine von den Kommunisten geschaffene «Wladimir-Lenin-Ukraine». Das Sezessionsrecht, das mit der Gründung der UdSSR der Ukraine gewährt wurde, nannte er «schlimmer als einen Fehler», also ein Verbrechen. In seiner antikommunistischen Logik rief er zur «echten Entkommunisierung» der Ukraine auf. Damit meinte er deren Einverleibung in den russischen Staat mit seinem Oligarchen-Kapitalismus. Die «Entnazifizierung» spielte in dieser Rede eine Nebenrolle.

IMPERIALER PHANTOMSCHMERZ

Auffällig ist Putins Bezeichnung der ukrainischen Sprache als blossen «Dialekt». Dies verweist auf eine erhellende Analogie: Der spanische Frankismus sieht Katalonien und das Katalanische genau gleich wie der grossrussische Chauvinismus die Ukraine und das Ukrainische. Auffällig bei beiden ist, dass sie ihre Gegenseiten, die gegen Moskau oder Madrid viel härter aufgetreten sind (Tschechien und Baskenland), weniger hassen als die sprachlich und kulturell näheren Nationen. Der Hauptgrund liegt darin, dass der Verlust der Ukraine oder Kataloniens die Negation

aller imperialen Illusionen bedeutet. Der grossrussische wie der grossspanische Chauvinismus haben den Untergang der Imperien, mit denen sie sich heute noch identifizieren, nie verwunden. Phantomschmerz ist etwas Chronisches.

Dass die Ukraine eine eigenständige Nation ist, hat sie im Widerstand gegen die russische Invasion überzeugend bewiesen. Die ukrainische Nationalbewegung entstand wie vielerorts in Europa in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Typisch für Osteuropa spielten Dichter eine Schlüsselrolle. In der Ukraine hiess er Taras Schewtschenko, der noch als Leibeigener aufgewachsen war. Auch wegen der literarischen Prägung der Emanzipationsbewegung, erliess Zar Alexander II. 1876 ein Verbot des Ukrainischen als Schriftsprache. Parallel zum russischen Teil der Ukraine entwickelte sich Ende des 19. Jahrhunderts eine ukrainische Nationalbewegung im österreichischen Galizien.

DER STALINISTISCHE HOLODOMOR

Nach dem Ersten Weltkrieg, der Russischen Revolution und dem Bürgerkrieg war die Ukraine in vier Staaten aufgeteilt: Die Sowjetukraine, eine der Gründungsrepubliken der UdSSR, die polnische Westukraine, die Karpato-Ukraine in der Tschechoslowakei und die Nord-Bukowina in Rumänien. Für Lenin war die Ukraine tatsächlich ein Bollwerk gegen den ihm verhassten «grossrussischen Chauvinismus». Die Schwäche seines Föderalismus lag nicht im territorialen Konzept, sondern im Einparteiensystem. Dieses hebt letztlich auch territoriale Machtteilung auf. Aber in den zwanziger

Jahren übte die sprachliche und kulturelle Ukrainisierung der Sowjetrepublik eine grosse Anziehung aus – vor allem auf die bäuerlichen Mehrheiten in den drei anderen ukrainischen Gebieten.

Das änderte sich ab 1929 schlagartig mit der stalinistischen Zwangskollektivierung, die in der Ukraine zusätzlich das altzaristische Ziel der Auslöschung aller ukrainischen Eigenheiten verfolgte. Die Kombination von wirtschaftlich bedingter Hungersnot und politisch motivierter Aushungerung kostete mindestens 4 Millionen Menschen das Leben. Der Holodomor (auf Ukrainisch: «Tötung durch Hunger») ist die dramatischste Bezeugung der abgrundtiefen Feindlichkeit des grossrussischen Chauvinismus gegenüber der Ukraine.

PUTINS AUFRÜSTUNG UND «KRIEG DEM TERROR»

Einen Krieg führt man nicht mit Hass allein. Es braucht dazu eine Armee. Die materielle Hauptbasis von Putins Krieg ist der Verkauf von Rohstoffen. Ein Grossteil des russischen Rohstoffhandels läuft über die Schweiz, insbesondere Genf und Zug. Ohne die Erträge aus den Gas-, Öl-, Uran- und anderen Geschäften sowie aus den Oligarchen-Vermögen hätte Putin diesen Krieg kaum starten können. Oder er hätte ihn wegen Geld-, Waffen-, oder Ersatz-

teil-Mangels nach spätestens zwei Monaten abbrechen müssen.

Warum wird in der Schweiz mehr geschrieben und geredet über die (gesetzlich unmöglichen und politisch unsinnigen) Munitionslieferungen an die Ukraine als über die Geldlieferungen und DualUse-Exporte für Putin? Erstens wollen sich die Pfister («Zuger Erfolgsmodell») oder Keller-Sutter (DualUse-Güter für Bomber-Triebwerke) nicht ihrer (indirekten oder direkten) Mitverantwortung für die Aufrüstung stellen. Und zweitens wollen sie den roten Teppich, den sie für Reiche und Konzerne ausgerollt haben, nicht wieder einrollen.

Wenn ich bislang die Nato nicht angesprochen habe, liegt das darin, dass Putins Krieg aus dessen grossrussischen Chauvinismus selbst zu erklären ist. Leichter gemacht hat es ihm die Nato insofern, als ihr «War on Terror» dem russischen Kriegsherrn als Windschatten diente. Als diesem am 12. Oktober 2002, im vierten Jahr des Tschechenkrieges und 13 Monate nach 9/11, im Zuger Casino ein Friedenspreis verliehen wurde, gehörte der US-Botschafter zu den Gästen. Ohne den Sieg Putins Luftwaffe in Syrien, deren «Krieg gegen den Terror» 2017 bis 2021 über 20'000 Menschen das Leben kostete, ist die Hybris des grossrussischen Chauvinisten im Jahre 2022 kaum erklärbar. Aber für den Krieg gegen die Ukraine ist Putin allein verantwortlich.

Aktion der GSoA am Vorabend des Kriegsausbruchs vor der russischen Botschaft Bern. Foto: GSoA



ANTIMILITARISMUS IN KRIEGSZEITEN

Wo bleibt der Aufschrei?

Putin marschierte in der Ukraine ein. Die Rüstungslobby zeigt sich zwar betroffen, sieht aber ihre Chance gekommen, um noch mehr Mittel in Rüstungsgüter zu investieren.

MARTIN PAPAN

Nach dem Einmarsch Russlands verging kein Tag und die Rüstungslobby forderte lautstark, dass der Schweizer Armee nun «endlich» mehr Mittel zugesprochen werden müssten. Bewusst wird versucht, die Verunsicherung in weiten Teilen der Bevölkerung auszunutzen und das Gefühl zu vermitteln, dass wir ohne Zusatzinvestition in die Armee den Tyrannen dieser Welt schutzlos ausgeliefert seien. Jenen, die sich immer gegen den Krieg und für zivile Friedenspolitik eingesetzt haben, wird nun «Naivität» vorgeworfen. Es sei nun an der Zeit endlich die «Augen zu öffnen». Tatsächlich kann nicht wegdiskutiert werden, dass Herrscher vom Typus Putin brandgefährlich sind. Der Widerspruch in der Argumentation der

Rüstungslobby ergibt sich aber aus dem Fakt, dass sie selbst aktiv beteiligt sind, die Tyrannen dieser Welt zu noch gefährlichen Monstern zu machen. Sie sind es, die alles dafür tun, dass die Schweiz nach wie vor Rüstungsgüter in die ganze Welt exportiert. Sie setzen sich für möglichst lasche Rüstungsexportgesetze ein. Sie sind es, die somit mithelfen, die Welt, Europa und die Schweiz unsicherer zu machen. Die Folgen zeigen sich exemplarisch im Ukraine-Konflikt: Wenig überraschend steht nämlich auch Russland auf der Empfängerliste von Waffen «made in Switzerland». Zwischen dem Jahr 2000 und 2021 wurde Kriegsmaterial von über drei Millionen Franken an Russland geliefert. Waffen, die heute möglicherweise ein-

gesetzt werden, um ukrainische Frauen, Kinder und Männer zu töten. Waffen, die helfen, Putin zu dem Monster zu machen, das er heute ist. Es ist somit scheinheilig, wenn die Rüstungslobby nun versucht, sich als «Beschützerin» vor die Bevölkerung zu stellen.

IM BETT MIT PUTIN

Störend ist es, dass der Aufschrei über die Waffenlieferungen an Russland in der Öffent-

lichkeit weitgehend ausbleibt. Wo bleibt die Entrüstung? Wo bleibt die Anklage? Die Flüchtenden, die nun bei uns in der Schweiz unterkommen, dürften dankbar sein, dass sie nun in Sicherheit sind. Ihnen steht aber auch ein gehörige Portion Wut zu. Wut darüber, dass sie in einem Land befinden, welches sich gegen aussen gerne so furchtbar humanitär gibt, es dabei aber nicht unterlässt, aus reiner Profitgier mit Putin ins Bett zu steigen.

UKRAINE-KRIEG

CYBER

Meinungsbildung entlang Landesgrenzen

Russland genauso wie China und andere Unrechtsstaaten setzt alles daran, die politische Meinungsbildung auch im Internet einschränken zu können. Die bürgerlichen Eliten schauen tatenlos zu, fordern ähnliche Machtinstrumente für sich selbst und kürzen die Förderung unabhängiger Medien. LUKAS BÜRGI

Es ist einfach, mit dem Finger auf Russland zu zeigen und sich über die vergleichsweise gesunde Presselandschaft in der Schweiz zu freuen. Die letzten unabhängigen Medien in Russland wurden geschlossen. Der Zugriff auf ausländische Plattformen und Medien ist teils offen gesperrt, teils gedrosselt: Die Drosselung der Geschwindigkeit ist ein schlauer Trick, da niemand ganz offensichtlich Schuld ist und es den Menschen auf weniger offensichtliche Art die Lust nimmt, diese Webseiten und Dienste zu verwenden. Aber dass ein Grossteil der Schweizer Medien und der westlichen Medien allgemein uns relativ genau über den Konflikt informiert ist Glücksache: Hier ist der alte Feind im Osten tatsächlich der Aggressor, der Krieg läuft für Putin schlecht. Kein Grund also, etwas zu vertuschen

oder falsch darzustellen. Die Meinungsbildung in der Schweiz ist aber genau wie in Russland stark von Institutionen und Akteuren abhängig, die voll und ganz im Machtbereich des Nationalstaates liegen.

In der Schweiz ist der staatliche Einfluss oft von Vorteil: Bei Verleumdung, Drohungen, Aufruf zu Gewalt und ähnlichem kann der Rechtsstaat eingreifen. Ausserdem kann man die sozialen Medien als gescheitertes Experiment von vollständiger Redefreiheit betrachten: Um Hassrede und Falschinformationen zu bekämpfen, sahen sich alle grossen Plattformen gezwungen, ganze Scharen von Zensoren einzustellen.

Das Internet allgemein und auch die sozialen Medien im Speziellen fallen nicht in dieses Raster und haben das Potenzial, die Meinungsbildung

vom Einfluss des Staates zu befreien - im Guten wie im Schlechten. Was den Ukrainekrieg betrifft, scheint der Effekt hauptsächlich eine Durchmischung zu sein: Junge Menschen in der Schweiz sympathisieren unabhängig der politischen Ausrichtung eher mit Putin und sehen ihn nicht als den Kriegsverbrecher, der er ist. Das kann wohl auf gezielte Propagandamassnahmen Putins zurückgeführt werden, die auf Social Media auch die Schweiz erreichen. Häufige Social Media Nutzer*innen in Russland haben eher Zweifel an Putins «militärischer Spezialoperation», wobei die Situation in Russland schwierig unabhängig einzuschätzen ist.

Dass viele bisherige Social Media Plattformen ohne zentrale Kontrolle keinen gesunden politischen Diskurs fördern ist aber kein Argument dafür, dass das unmöglich sei. Dass es technisch möglich wäre, solche Netzwerke dezentraler und damit resistenter gegen Zwangsmassnahmen zu machen, steht ausser Frage. Deswegen ist es für die globale Demokratie-

förderung zentral, zumindest zu versuchen, unsere demokratische Kultur auf eine Art und Weise zu digitalisieren, die es ihr erlaubt, sich unabhängig von Landesgrenzen auszubreiten.

Leider gibt es nur wenige politische Anstrengungen, um die Chance der neuen Medien zu nutzen. Man müsste Technologien fördern, die politischen Diskurs im Internet vor staatlichen und privaten Machthabern schützen. Man müsste Technologien fördern, die intrinsisch demokratisch sind anstatt auf die Maximierung von Werbeeinnahmen ausgelegt. Stattdessen fordern Bürgerliche immer neue Fähigkeiten für den Überwachungsstaat und Linke scheinen oft damit zufrieden zu sein, wenn die privaten Besitzer und absoluten Herrscher über ihre Internetplattformen zumindest in der Schweiz Steuern bezahlen müssen.

SOLDATEN

Wer kämpft für Russland?

Die Moral unter Russlands Soldaten ist nicht besonders hoch: Diese ergeben sich kampfflos oder lassen ihre Panzer mitten auf der Strasse stehen. Ein Grund dafür kann sein, dass viele durch direkten oder indirekt ökonomischen Zwang zum Kämpfen gezwungen wurden. Das Botschaftsasyll für russische Deserteure und Dienstverweigerer kann diesen jungen Männern einen Weg aus ihrer Lage bieten. JONAS KAMPUS

Während jedes Augenzucken Putins detailliert analysiert wird, ist wenig bekannt, welche Personen auf der russischen Seite in der Ukraine kämpfen. Bereits in den ersten Tagen gab es zahlreiche Anzeichen von tiefer Moral in den russischen Reihen. Gemäss verschiedenen Medienberichten ergaben sich teilweise ganze russische Einheiten. Videoaufnahmen auf TikTok dokumentieren verlassene Konvois mit modernsten Panzern. Die Moral unter den russischen Soldaten scheint nicht besonders hoch zu sein.

Russlands Militär besteht einerseits aus einem Teil, der sich vertraglich zu mehreren Jahren Militärdienst verpflichtet, andererseits aus Wehrpflichtigen, die «nur» für zwei Jahre in der Armee dienen. Auch wenn man aufgrund der russischen Propaganda der letzten Monate einen anderen Eindruck gewinnen konnte, geniesst die Armee in Russland kein grosses Ansehen. Wehrpflichtige werden von Vorgesetzten schikaniert und manchmal sogar in die Prostitution gezwungen.

ZWANG DURCH FEHLENDE PERSPEKTIVE ODER GEWALT

In Russland sind alle Männer stellungspflichtig. Für Personen aus der urbanen Mittel- und Oberschicht ist es aber einfach, sich vom Dienst zu befreien. Gleichzeitig ist das Militär für viele junge Männer ohne Perspektive einer der wenigen Orte, um einen minimalen materiellen Wohlstand zu erlangen.

Bereits im letzten Jahr wurden viele Wehrpflichtige gezwungen, einen Zwei-Jahres-Vertrag abzuschliessen, da Wehrdienst leistende Personen nach russischem Recht nicht ausserhalb der Landesgrenzen eingesetzt werden können. Ein substantieller Teil jener Zwangsverpflich-

teten sind de facto noch Jugendliche mit Jahrgang 2002 oder 2003. Diese haben erst letzten Sommer die obligatorische Schule abgeschlossen.

Viele Soldaten wussten denn auch nicht, dass ihnen ein Kriegseinsatz in der Ukraine bevorsteht. Einige Truppen wägen sich sogar während dem Beginn der Invasion noch mitten in den grossen Übungen, welche in den Wochen vor der Invasion entlang der Grenze zur Ukraine in Russland und Belarus abgehalten wurden. Bereits da war ersichtlich, wie prekär die Lage der Soldaten zu sein scheint. Berichte über einen

aufflammenden Schwarzmarkt in Belairs mit Benzin aus Beständen der russischen Armee und Bilder von völlig überfüllt Zimmern mit erschöpften Männern tauchten auf.

Aus den besetzten Gebieten aus den Donbassregionen Luhansk und Donezk, neuerdings auch aus den neu eingenommenen Gebieten im Süden der Ukraine, ist zu hören, dass Männer zum Zwangsdienst eingezogen werden. Ein Antrag von Parlamentariern der Duma verlangt nun, dass Kriegsgegner in Russland ebenfalls zwangsrekrutiert und direkt an die Front geschickt werden. Eine äusserst perfide, brutale und menschenfeindliche Form der Kriegsführung.

Nicht alle Soldaten sind schlecht ausgebildet und nur widerwillig in der Ukraine. Ein Teil der Bevölkerung steht hinter Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine. Diese Zustimmung trifft wohl ebenfalls auf die russischen Soldaten zu, insbesondere auf Angehörige der Luftwaffe. Bereits früh im Krieg wurde ein russischer

Kampffjetpilot gefangen genommen, der auch im Syrienkrieg Einsätze flog und auf Bildern mit Assad auftauchte. Zahlreiche Piloten, die Aleppo zerbombten sind nun auch an der Zerstörung ukrainischer Städte beteiligt.

Russland rekrutierte auch zahlreiche Söldner aus Syrien und Tschetschenien. Im Falle der syrischen Kämpfer scheint die miserable wirtschaftliche Lage im Land ein entscheidender Faktor zu sein, da der Militärdienst die einzige Möglichkeit zur Ernährung der Familie darstellt.

MINDERHEITEN KÄMPFEN IN DER UKRAINE

Nach dem Massaker an der Zivilbevölkerung in Butscha wurden Bilder und Dokumente über die potenziellen Täter veröffentlicht. Aus diesen liess sich schliessen, dass die Soldaten zu einem grossen Teil einer Minderheit angehören und aus armen, ländlichen Regionen Russlands stammen. Einige Zivilist*innen berichteten aber auch, dass die Gräueltaten nicht von regulären Soldaten verübt wurden, sondern von Eliteeinheiten und der Wagner-Gruppe, eine rechtsextreme Söldnertruppe. Viele von ihnen haben bereits in Syrien gekämpft oder waren in Afrika auf Einsätzen. Ihre Motivation divergiert wohl stark von dem Rest der russischen Truppen.

Trotzdem sollte man sich davor hüten, die russischen Soldaten in einen «unschuldigen» Teil bestehend aus einfachen Wehrpflichtigen und eine blutrünstige, mordende Gruppe einzuteilen. Solche Narrative erinnern stark an jene Erzählungen einer «unschuldigen» Wehrmacht und einer «bösen» SS. Ein Krieg offenbart eben auch, dass ordinäre Menschen zu menschenverachtenden Gewalttaten schreiten können, auch wenn deren Beweggründe widersprüchlich und diffus sein können.

Aus diesem Grund ist die Forderung der GSoA nach einem Botschaftsasyll für Deserteure und Kriegsverweigerern wichtiger denn je. Diese Massnahme könnte erheblich dazu beitragen, den Kampfeswillen der russischen Truppen zu brechen, und sie verhindert, dass eine ganze Generation von Jugendlichen und jungen Männern zu von der ganzen Welt geachteten Mördern wird.

Russischer Soldat. Foto: Ground Report, 2014



DUAL-USE

Aufrüstungs-Maschinen

Werkzeugmaschinen und Technologieexporte sind die Basis einer Rüstungsindustrie. Autoritären Regimen die Werkzeuge für ihre eigene Rüstung in die Hand zu geben, war noch nie eine gute Idee. ADI FELLER

Auf Bildern von im Donbass abgeschossenen Orlan-10-Drohnen aus russischer Produktion tauchen Bestandteile aus Schweizer Produktion auf. Dabei handelt es sich um standardisierte Elektronik-Komponenten aus dem Elektrogrosshandel (GPS-Receiver). Wie gross die Anzahl der gelieferten Komponenten ist, bleibt unklar, oft wurden sie via Zwischenhändler in anderen europäischen Staaten beschafft. Für solche Komponenten gibt es gar kein Kontrollregime, sie sind nicht einmal als dual-use-Güter klassifiziert. Doch solche Funde bilden nur die Spitze des Eisberges.

Einen Deal für besondere militärische Güter über 90 Millionen Franken machte 2014 Schlagzeilen. Gewebe mit «signaturreduzierenden» Eigenschaften wurde nach Russland exportiert, es handelt sich um Material, das für die Tarnung

von Soldaten oder Panzern verwendet werden kann. Die genaue Verwendung bleibt bis heute leider unklar. Die in Zug ansässige Firma SSZ Camouflage Technology AG ist der in der Schweiz führende Anbieter solcher Materialien.

WERKZEUGMASCHINEN AUS DEM ZÜRCHER OBERLAND

Ein unscheinbares Industriegebiet im Kanton Zürich beherbergt die Firma Galika in Volketswil. Die Firma ist in einen langen Rechtsstreit mit dem Seco über Bewilligungen für den Export von Werkzeugmaschinen nach Russland verwickelt. Nachdem das Seco über Jahre hinweg Gesuche der Firma bewilligt hatte, verweigerte es 2020 eine Bewilligung für den Export einer Fräs- und einer Langdrehmaschine nach Russland. Der NDB verdächtigt die Firma der Umge-

hungsgeschäfte. Die Lieferung von Werkzeugmaschinen erfolgte an eine zivile Tarnadresse, die jedoch eigentlich zu einem führenden russischen Rüstungskonzern gehört. Vermutet wurde, dass die Werkzeugmaschinen für die Produktion von Komponenten für die neueste Generation russischer Kampfjets verwendet werden.

Die Firma legte Rekurs gegen die Entscheidung ein und bekam teilweise Recht. Das Verfahren läuft weiter. Immerhin sind wohl mit den aktuellen Sanktions-Verordnungen weitere solche Exporte unterbunden. Doch es war nicht das erste Geschäft von Galika mit Russland, das sich bei genauerem Hinsehen als problematisch erwies. Auch die Exportrisikoversicherung des Bundes, die SERV, macht dabei nicht immer die beste Figur. So deckte diese ein Geschäft der Zürcher Firma Galika auf, deren Werkzeugmaschinen via Russland nach Venezuela gingen, zur dortigen Produktion von Kalaschnikows.

Ob auch Schweizer Werkzeugmaschinen für die Produktion von Kleinwaffen in Russland selber eingesetzt werden, ist unklar. 2013 berichtete die zu einem russischen Rüstungskonglomerat gehörende Firma Oboronprom jeden-

falls, dass sie in Zusammenarbeit mit Schweizer Firmen Werkzeugmaschinen in Russland zu produzieren begonnen habe. Unter den dabei genannten Schweizer Partnerfirmen war natürlich auch wieder die Galika AG.

EIGENTLICH DAS GRÖSSTE ÜBEL

Exporte von Werkzeugmaschinen und Technologieexporte sind meist sogar grundlegender und nachhaltiger problematisch als die Exporte ganzer Waffen. Denn die Möglichkeit, nach einem einzigen Export mittels Werkzeugmaschinen neue Rüstungsgüter ohne Beschränkung selber herstellen zu können, ist nochmals gefährlicher als «nur» eine einmalige Waffenlieferung. Doch gerade diese Exporte sind schlechter kontrolliert als Kriegsmaterialexporte. Werkzeugmaschinen gelten oft nur als dual-use Güter, nicht einmal als besondere militärische Güter. Auch für Technologieexporte gelten nur die gleichen Bedingungen wie für Endprodukte der entsprechenden Güterkategorie. Hier besteht definitiv Handelsbedarf, nicht nur in Bezug auf Russland, sondern auch auf andere autokratische Staaten wie beispielsweise China.

FINANZPLATZ

Klimaschutz und Kriegsprävention gehören zusammen

Der Schweizer Finanzplatz ist nicht nur für ca. zwei Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich, sondern finanziert nebenbei auch Putins blutigen Angriffskrieg. Privatbanken wie auch Kantonalkassen tauchen immer dann auf, wenn Menschen sterben, wenn unsere Umwelt und Lebensgrundlage zerstört wird. ANNA LINDERMEIER

Daten der Wirtschaftsdatenbank Refinitiv zeigen, dass Schweizer Finanzinstitute kurz vor Kriegsbeginn Investitionen im Wert von mindestens 500 Millionen US-Dollar bei russischen Öl- und Gasfirmen hielten. Unter den Kriegsfinanzierern befinden sich – nicht überraschend – die Credit Suisse und die UBS mit jeweils über 200 Millionen US-Dollar, von denen der Grossteil Gazprom und Lukoil zugute kommt. Auch die Schweizer Nationalbank hat laut dem Tagesanzeiger mit mehreren hundert Millionen Dollar beträchtliche Investitionen in russischen Konzernen – sie legt diese aber nirgends offen.

Nebst den altbekannten menschenverachtenden Umweltsündern, welche trotz öffentlicher Aufmerksamkeit durch die Klimabewegung ihre skrupellosen Geschäfte weiterführen, hat nun ausserdem ein neuer Player das Feld betreten: Die Privatbank Pictet mit Sitz in Genf, welche sich bis jetzt noch relativ gut der öffentlichen Aufmerksamkeit entziehen und ihre schmutzigen Geschäfte verstecken konnte, hatte sagenhafte 673 Millionen in russische Öl- und Gas-Unternehmen investiert. Davon gingen 204 Millionen an Gazprom, was Pictet zum elftgrössten Investor von Gazprom überhaupt macht. Diese Privatbank, die gemessen am verwalteten Vermögen die drittgrösste Schweizer Bank nach der UBS und der CS ist, hat in den letzten Jahren vom Schatten der beiden Grossbanken profitiert.

DER GRÖSSTE CO2-SÜNDER

Dabei lohnt sich ein genauerer Blick, denn auch in die deutsche Braunkohlefirma RWE hat Pictet seit 2017 massiv investiert – mit über 700 Millionen Dollar trägt Pictet zur Zerstörung

unserer Lebensgrundlagen bei. RWE gilt als Europas grösster CO2-Sünder und Pictet macht sich mit den gewaltigen Aktienanteilen zum sechstgrössten Investor davon.

Als wäre das nicht genug, kommt der Schweiz eine weitere zentrale Rolle beim Befüllen Putins Kriegskasse zu: 80 Prozent der russischen Öl- und Gasexporte, mit denen Russland jährlich über 200 Milliarden verdient, laufen über die Schweiz und insbesondere den Kanton Zug, der als Tiefsteuerkanton ein beliebter Firmenstandort ist. Mehrere russische Rohstofffirmen wie

die Sber Trading Swiss AG, die VTB Capital Trading, deren Mutterunternehmen beide dem russischen Finanzministerium gehören, der Schweizer Sitz von Gazprom sowie die Hauptsitze der Pipeline-Unternehmen Nordstream 1 und 2, befinden sich in Zug. Die kleine, unscheinbare Schweiz ist also auch die Drehscheibe für den Rohstoffhandel Russlands, welcher die wichtigste Einnahmequelle für den russischen Staat darstellt.

DEN GELDHAHN ZUDREHEN

Es liegt also auf der Hand: Kriegsprävention und Klimaschutz gehören zusammen. Dort, wo wir Putin den Geldhahn zudrehen können, können wir auch den Kampf gegen die Klimakrise aufnehmen. Doch statt die Chance zu ergreifen

und sowohl für globale Sicherheit und Stabilität als auch gegen die eskalierende Klimakrise vorzugehen, droht uns dank bürgerlicher Angstmacherei eine weltweite Aufrüstungswelle. Es gilt nun, diese mit aller Macht zu bekämpfen, denn wir können uns keine weitere Wartezeit beim Thema Klima leisten. Es ist Zeit, nicht mehr wegzuschauen und den Schweizer Finanzplatz und die Regierung mit vereinten Kräften, gemeinsam mit der Klimabewegung, zur Verantwortung zu ziehen. Organisieren wir uns, prangern wir die lebensfeindlichen Banken öffentlich an, führen wir gemeinsam gezielte Aktionen durch. Wir müssen nun mit allen Kräften dafür kämpfen, dass diese Milliarden statt in den blutigen Krieg in einen sozialen Klimaschutz fliessen. Jetzt oder nie.

Hauptsitz der Privatbank Pictet in Genf. Foto: AFP, Fabrice Coffrini



GRÜNDE FÜR DIE INITIATIVE

Unser Engagement gegen den F-35 muss weitergehen

Von der Bundesrätin bis zum FDP-Parteipräsidenten Thierry Burkart: Sie alle fordern uns auf, den Widerstand gegen das grösste Rüstungsprojekt der Schweizer Geschichte – den Kauf der F-35 Kampffjets – aufzugeben. Doch auch mit Blick auf den schrecklichen Krieg Putins gegen die Ukraine ist die Initiative gegen den Milliarden-Kauf neuer Tarnkappenkampffjets richtig. Fünf Gründe, weshalb unser Engagement gerade jetzt dringend nötig ist. LEWIN LEMPERT

1. DER F-35 IST EIN TARNKAPPENBOMBER

Der F-35 wurde dafür konzipiert, unerkannt in feindliches Gebiet vorzudringen und dort Bomben abzuwerfen. Darum besitzt dieser Kampffjet auch eine extrem teure und wartungsaufwändige Tarnkappen-Eigenschaft. Einen solchen Angriffskampffjet braucht die Schweiz nicht. Der F-35 widerspricht der militärischen Logik der Bürgerlichen, die sagen, die Schweiz müsse sich verteidigen können. Denn der F-35 ist kein Verteidigungskampffjet. Für luftpolizeiliche Aufgaben in der Schweiz ist der Jet sogar absolut ungeeignet. Es ist an Absurdität nicht zu überbieten, wenn in Zukunft ein 200 Millionen Tarnkappenkampffjet verirrte Sportflugzeuge an den Boden begleiten soll.

2. DER F-35 IST DAS TICKET ZUR NUKLEAREN TEILHABE

Deutschland hat vor einigen Wochen beschlossen, ebenfalls F-35 Kampffjets zu beschaffen. Der Grund: Die Sicherstellung der nuklearen Teilhabe im Rahmen der NATO. Im Klartext:

Deutschland beschafft F-35 Kampffjets, damit diese in Zukunft Atomwaffen tragen können. Bei einer nuklearen Eskalation könnten so Atomwaffen zum Erst- oder Zweitschlag über feindlichem Gebiet eingesetzt werden.

3. DER F-35 FÜHRT UNS DURCH DIE HINTERTÜR IN DIE NATO

Der F-35 ist für viele Länder das Ticket in die NATO. Denn erst im Verbund, durch die Teilnahme an NATO-Übungen und übergreifende Kommunikationssysteme, funktioniert dieser Milliarden-Kampffjet richtig. Bereits heute fordern bürgerliche Sicherheitspolitiker*innen vermehrt Übungen und Einsätze der Schweizer Armee im Rahmen der NATO – der F-35 würde diese Entwicklung massiv beschleunigen. Doch die Schweiz ist kein NATO-Land und das ist richtig so. Wenn die Schweiz Mitglied dieser Militärallianz wäre, müsste sie sich auch an Kriegen wie denjenigen in Afghanistan beteiligen. Dank der militärischen Neutralität ist es uns möglich, Schutzmandate zu über-

nehmen oder in Konflikten Lösungen zu vermitteln. Eine NATO-Mitgliedschaft würde dies erschweren, was für die globale Sicherheit nicht sinnvoll wäre.

4. DER F-35 IST EIN MILLIARDEN-RISIKO

Der F-35 kostet Milliarden. Nicht nur beim Kauf, sondern vor allem im Unterhalt. Total geht es um Kosten in der Höhe von rund 24 Milliarden Franken. Je nach Entwicklung dieses Rüstungsprojektes kann diese Zahl jedoch noch markant steigen. Darum wird das F-35 Projekt auch im Herstellerland, der USA, massiv kritisiert. Es gilt: Jeder Franken kann nur einmal ausgegeben werden. Wenn 24 Milliarden für neue Angriffskampffjets ausgegeben werden, dann fehlt dieses Geld an anderen Orten: Im Sicherheitsbereich selbst, aber auch bei der Bildung oder der Kultur. Zudem ist es dringend notwendig, in der Schweiz endlich einen konsequenten Klimaschutz zu betreiben. Dies ist auch eine Anti-Kriegs-Massnahme: Je schneller wir unabhängig von den fossilen Energien autokratischer Staaten sind, desto rascher hören wir auf, deren Kriegskasse zu finanzieren.

5. DER F-35 IST KEIN BEITRAG ZU MEHR SICHERHEIT

Die Schweiz darf nicht abseitsstehen, um den Krieg Putins zu beenden. Das bedeutet, dass

wir dort Verantwortung übernehmen, wo wir können: Bei den Sanktionen gegen russische Oligarchen und deren Vermögen, beim russischen Rohstoffhandel in der Schweiz und beim Importstopp der Öl- und Gaslieferungen aus Russland. Der Ukraine bringt es hingegen nichts, wenn wir uns 36 F-35 Tarnkappenkampffjets kaufen, die voraussichtlich im Jahr 2027 geliefert werden. Auch fördert eine militärische Aufrüstung in der Schweiz die europäische Sicherheit nicht. Sogar wenn die Schweiz ihr Verteidigungsbudget auf 2% des BIP erhöhen würde – sprich auf 14 Milliarden Franken verdreifachen würde – wäre es noch immer 5 Mal kleiner als das von Frankreich, Grossbritannien oder Deutschland. Das zeigt: Die Schweiz hat andere Stärken und Möglichkeiten als ihre Armee, um für Frieden in Europa zu sorgen. Der erste Schritt beginnt vor der eigenen Haustür: Im Umgang mit undemokratischen Machthabern und Autokraten. Die maximale Profitlogik bei unseren Wirtschaftsbeziehungen muss aufhören, sonst stärken wir andere Autokraten und Diktatoren so, wie wir das Putin-Regime gestärkt haben.

BÜRGERLICHE POLITIKER*INNEN

Ein skandalöser Machtmissbrauch und Aufrüstungsgelüste

Dass bürgerliche Politiker*innen Krisensituationen ausnutzen, um in der Gesellschaft Angst für ihre Interessen zu schüren, ist nichts Neues. Was sich aber angesichts des Krieges in den letzten drei Monaten im und ums Bundeshaus abgespielt hat, ist ein demokratiepolitischer Skandal. Ein chronologischer Rückblick auf die bürgerliche Aufrüstungspropaganda und den gnadenlosen Machtmissbrauch, den die Bundesrätin Viola Amherd seit Mitte Februar betreibt. ANJA GADA

Am 16. Februar noch meinte die Verteidigungsministerin Viola Amherd nach Rückfrage eines Journalisten an der Pressekonferenz zur Armeebotschaft 2022 in aller Seelenruhe, es sei für sie klar, dass man mit dem Unterschreiben des Kaufvertrages für den F-35 warten würde, bis über die Volksinitiative abgestimmt werde. Das hätte im Extremfall bedeuten können, bis weit ins Jahr 2024, einem möglichen Abstimmungstermin der «Stop F-35 Initiative», mit der Unterzeichnung des Kaufvertrages abzuwarten.

DAS BÜRGERLICHE PARADOXON

Nur vier Tage nach dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine teilte die FDP in einer Medienmitteilung mit, sie wolle «Lehren aus dem Ukraine-Konflikt ziehen». Mit zwei Motionen forderten Thierry Burkart und Maja Riniker am Tag vier nach Kriegsbeginn – noch ohne jegliche militär-, sicherheits- oder gesellschaftspolitische Analyse des Krieges – eine massive Erhöhung des Armeebudgets um zwei Milliarden Franken sowie eine Aufstockung des Sollbestandes der Armee auf 120'000 Soldat*innen.

Dabei fallen zwei Dinge auf. Erstens scheint sich der Freisinn anstelle von humanitären Massnahmen für die vom Krieg betroffenen Personen lieber auf eine innenpolitische Ausschlichtung der Krisensituation zu konzentrieren und die

«Gunst der Stunde» nutzen zu wollen, lang dagewesene Aufrüstungsträume zu verwirklichen. Zweitens führen die Bürgerlichen ein gekonntes Ablenkungsmanöver durch, um ihre menschenfeindliche Steuer- und Wirtschaftspolitik zu vertuschen. Denn nur dank einer massiven Steuerdumping-Politik seitens der Bürgerlichen

etablierten sich in den letzten Jahrzehnten Rohstoffhandelsplätze wie Genf oder Zug zu Hotspots von Firmensitzen internationaler Öl- und Gaskonzerne – insbesondere auch von russischen Konzernen. Anstatt die massive Abhängigkeit von Rohstoffen autokratischer Regimes und die hochproblematische Rolle der Schweiz als Transithandelsbrennpunkt zu thematisieren, schreien SVP, FDP und die Mitte nun nach Aufrüstung. Dass die Rüstungsausgaben weltweit in den Jahren vor dem Ausbruch des Krieges konstant gestiegen sind und dies potenzielle bewaffnete Konflikte befeuert, wird in ihrer Argumentation stillschweigend ausgelassen.

EIN ERSTER MÄRZ ALS SEI ES APRIL

Eine Woche später – am ersten März – wird Viola Amherd im welschen Fernsehen zur sicherheitspolitischen Lage der Schweiz interviewt. Vor laufender Kamera erdreistet sie sich, uns, die Initiant*innen der «Stop F-35 Initiative», zu einem Rückzug der Initiative aufzufordern. Dies sei im Moment die einzig verantwortungsvolle Möglichkeit, die Sicherheit der Schweizer*innen zu gewährleisten. Dass eine Bundesrätin öffentlich an die Initiant*innen einer Volksinitiative appelliert, diese zurückzuziehen, bevor sie überhaupt eingereicht wurde, ist ein Novum in der Schweizer Politiklandschaft und ein Machtmissbrauch sondergleichen. Offensichtlich aber auch kein Erster-April-Scherz. Denn nur sieben Tage darauf doppelt die Bundesrätin nach. Die Offerten des US-Herstellers Lockheed Martin seien nur bis im März 2023 gültig. Die «Stop F-35 Initiative» könne also bei einer späten Einreichung dafür sorgen, dass die Verträge neu verhandelt werden müssten und sich der gesamte Beschaffungsprozess verzögern würde. Wir erinnern uns: Genau einen Monat zuvor, vor der Invasion Putins in die Donbass-Region, schien sich die Bundesrätin noch sorgsam um das Einhalten des demokratischen Prozesses einer Volksinitiative zu kümmern.

Der FDP-Präsident spricht von «Nachrüstung», ich nenne es ein schamloses Kapital schlagen aus der aktuellen Krise. Die Scheinsicherheit, die durch 36 milliardenschwere Tarnkappenbomber sowie einer willkürlichen Erhöhung des Armeebudgets propagiert wird, ist geradezu lächerlich. Ruhig Blut, meine Damen und Herren, die GSoA hat ja noch nie eine Kampffjetabstimmung gew..., ah doch.



INTERNATIONAL - PUTSCH IM SUDAN

Das Militär gegen die Demokratie

Während der Blick Europas auf die Gräueltaten im Osten des Kontinents gerichtet ist, neigt man fast dazu, zu vergessen, dass die katastrophalen Folgen von Krieg und Waffen auch im Rest der Welt sehr wohl vorhanden sind. Ein aktuelles Beispiel unter vielen: Im Sudan massakriert die Armee Demonstrant*innen, die den Militärputsch anprangern.

DAVID RACCAUD

Zur Erinnerung: Seit der Absetzung des sudanesischen Präsidenten General Omar al-Baschir im April 2019 hatten die Sudanese echte Hoffnung auf den Aufbau einer zivilen und demokratischen Macht. Doch der Übergang zur Demokratie findet nicht wie geplant statt. Seit dem Militärputsch vom 25. Oktober 2021 befindet sich der Sudan in einer schweren Krise, die mehr als 90 Todesopfer, Hunderte Verletzte und tausend Verhaftete gefordert hat, weil General Abdel Fattah al-Burhane, der ehemalige Chef des sudanesischen Heeres, nach der Beendigung des Übergangs zur Demokratie und der Einführung des Ausnahmezustands machtungrig geworden ist.

DER WESTEN SIEHT SCHWEIGEND ZU

Angesichts dieser totalen Tragödie fällt auf, wie zurückhaltend Europa und der Westen in ihrer Reaktion auf den Putsch und die began-

genen Massaker waren. Es ist ihnen wichtiger, gute Beziehungen zu den Machthabern zu pflegen, egal wie sie an die Macht gekommen sind, als eine Bevölkerung zu unterstützen, die seit vielen Jahren für Demokratie kämpft. Dasselbe gilt für die Nachbarländer des Sudan, die offenbar einen afrikanischen Frühling um jeden Preis verhindern wollen.

MILITÄR UND DEMOKRATIE FUNKTIONIERT NICHT

Der Sudan ist ebenfalls ein weiteres tragisches Beispiel für die Unvereinbarkeit von Militär und Demokratie. Wenn die Zeiten unruhig sind, scheint sich die Militärmacht immer als aufgeklärter Diktator zu sehen, der allein in der Lage ist, ein Land in Ordnung zu bringen und seine Stabilität zu gewährleisten. Die Geschichte hat uns immer wieder gezeigt, dass dies nicht der Fall ist. Dies bestätigt die Bedeutung

internationaler pazifistischer und antimilitaristischer Kämpfe. Das Militär tötet, verschmutzt die Umwelt und ist – vielleicht seine schlimmste Eigenschaft – eine echte Gefahr für die Demokratie, im Sudan wie überall auf der Welt.

Protest im Sudan. Foto: Middle East Eye, AFP



DIENSTPFLICHTREFORM

Das ewige Drama der Dienstpflicht

Es tut sich was im Bereich der Dienstpflicht: Der Bundesrat will das System reformieren, mehr oder weniger gleichzeitig startete Ende April die Unterschriftensammlung für einen Bürger*innendienst. Schade ist, dass bei so viel Reformwillen kaum ein vernünftiger Vorschlag auf dem Tisch liegt. JONAS HEEB

GEGEN DIE DIENSTPFLICHT

Die Militärdienstpflicht ist wohl eines der absurdesten Überbleibsel des hochgelobten Milizsystems. Die GSoA lehnt diese seit jeher entschieden ab. 2013 kam eine von der GSoA lancierte Initiative für die Aufhebung der Wehrpflicht zur Abstimmung, die leider mit fast drei Viertel Nein-Stimmen vom Stimmvolk verworfen wurde. Eine Mehrheit des Volkes wollte offenbar weiterhin, dass alle Schweizer Männer in einer ihrer wichtigsten Lebensphasen zu einem Dienst für den Staat gezwungen werden, wobei sie ihre Ausbildung und Berufserfahrung auf Eis legen müssen, der zu einem Grossteil aus Beschäftigungstherapie, Rumsitzen und unnötigen Aufgaben besteht.

Interessanterweise sind die Befürworter*innen der Wehrpflicht oft dieselben, die stets einen sorg- und sparsamen Umgang mit Steuergeldern propagieren, wenn es um Klimaschutz, Sozialstaat oder Gesundheit geht. Gleichzeitig fordern sie gute Bedingungen für die Wirtschaft. Man stelle sich vor, was an Steuergeldern eingespart werden könnte, müsste nicht jeder männliche Schweizer einen Dienst leisten, wofür er Sold erhält, einen Schlafplatz sowie Essen und Trinken zur Verfügung haben muss – von dem ganzen Material ganz zu schweigen. Dazu stelle man sich vor, wie die Wirtschaft profitieren würde, ohne ständige Ausfälle aufgrund von RS oder WK.

REFORM: DIE HOFFNUNG WÄHRT KURZ

Die Wehrpflicht ist ein politisches Dauerthema, wo auch jede*r mitreden will. Denn fast

alle sind in irgendeiner Form damit konfrontiert, entweder als Dienstleistende*r oder als Angehörige*r. Umso hellhöriger wird die Schweiz, wenn in dem Bereich Änderungen angekündigt werden. Das VBS klagt schon lange darüber, dass ihnen bald die Soldaten ausgehen und der Bestand der Armee mittelfristig zu klein sein wird. Da sei wieder einmal erwähnt, dass die Armee über 140'000 Angehörige verfügt, bei einem Sollbestand von 100'000. Im Rahmen des Projekts «Weiterentwicklung der Armee» (WEA) soll dieser «Problematik» entgegnet werden, unter anderem mit einer Reform des Dienstpflichtsystems.

Dies lässt erstmal aufhorchen: Werden etwa die Dienstage gekürzt? Oder verabschiedet man sich vom Massenheer? Korrigiert man die Diskrepanz zwischen Soll- und Aktivbestand? Gibt es gar eine Wahlfreiheit?

Weit daneben. Der Bundesrat stellte vier Varianten zur potentiellen Weiterentwicklung in den Raum, wovon zwei noch zur Debatte stehen. Die einzige zeitgemässe Variante ist bereits wieder vom Tisch. Es wäre eine Bürger*innendienstpflicht, bei der alle Schweizer*innen dienstpflichtig sind, jedoch mit freier Wahl der Dienstart und einer breiten Möglichkeit an Einsatzorten auch ohne Sicherheitsbezug wie z.B. politische Mandate, Ämter in Vereinen, etc. Zwar würde es sich immer noch um einen Zwangsdienst handeln, von dem auch Frauen betroffen wären, jedoch würde wertvolles gesellschaftliches Engagement, was in der Schweiz zu Hauf geleistet wird, berücksichtigt und entsprechend gewürdigt.

Die andere gestrichene Variante ist die Bürger*innendienstpflicht ohne Wahlfreiheit. Also alle leisten einen Dienst, aber da hat die Alimentierung der Armee Priorität. Dieser Vorschlag ist jedoch insofern nicht vom Tisch, da seit Ende April 2022 Unterschriften für eine Volksinitiative des Vereins «Service Citoyen» gesammelt werden, die genau dies fordert. Was auf den ersten Blick attraktiv klingt, ist ein abzulehnender Vorschlag. Kurz: Lohndumping, mehr Zwangsdienst, Stärkung der Armee und möglicherweise sogar ein Verstoss gegen die UN-Menschenrechtskonvention wären die Folgen. Die GSoA hat bereits an ihrer Vollversammlung im Oktober 2021 eine Resolution mit dem Anspruch gegen diese Initiative verabschiedet. Diese kann auf der Webseite nachgelesen werden.

ARMEE HAT PRIORITÄT

Zur Debatte stehen noch die «Sicherheitsdienstpflicht» und die «bedarfsorientierte Dienstpflicht».

Bei ersterer Variante bleibt das meiste wie heute bestehen. Einzig der Zivildienst und der Zivilschutz würden zum «Katastrophenschutz» zusammengelegt. Wir hätten hiermit also keine Änderung, ausser, dass der Zivildienst massiv geschwächt würde. Alle Männer müssten den Dienst entweder in der Armee oder im Katastrophenschutz leisten, Wahlfreiheit besteht keine.

Die bedarfsorientierte Dienstpflicht würde alle Schweizer*innen in die Pflicht nehmen. Es würden die geeigneten Personen für Armee und Zivilschutz rekrutiert, die benötigt werden. Alle anderen bleiben vom Dienst verschont, müssen allerdings eine Wehrpflichtersatzabgabe leisten. Konkret hiesse dies, dass es keinen Zivildienst mehr gäbe und dass man, selbst wenn man Dienst leisten wollte, zahlen müsste, wenn man vom VBS nicht für den Dienst auserkoren wür-

de. Ungefähr die Hälfte aller Stellungspflichtigen könnte damit keinen Dienst leisten. Der Staat würde sich dann einfach das Geld dieser Leute holen, selbst wenn diese dienstwillig wären. Ob das überhaupt legal ist, sei mal dahingestellt.

EINSICHT? FEHLANZEIGE!

Beide Vorschläge sind absurd. Der Zivildienst würde massiv geschwächt oder gar abgeschafft, der Erhalt des unnötigen Massenheeres in der Schweiz hätte oberste Priorität und es gäbe keine Wahlfreiheit. Nach wie vor würden entweder alle Männer oder gar alle jungen Menschen in der Schweiz gezwungen, einen Dienst für den Staat zu leisten oder diesen durch Geld zu ersetzen.

Die Diskussion um die Dienstpflicht ist und bleibt ein Trauerspiel. Anstatt ernsthafte Reformen vorzunehmen, das System an sich zu hinterfragen, unnötige Stellen abzubauen und massiv zu reduzieren, klagt man lieber über den schlechten Ruf der Armee und über zu wenige Soldat*innen und versucht verzweifelt mit solchen völlig untauglichen Reformvorschlägen die Armee am Laufen zu halten.

Wir erhalten täglich Anrufe oder Mails von verzweifelten Rekruten, die irgendwie von der Armee wegkommen wollen, weil sie den Sinn nicht mehr sehen und ihre Lebensplanung dadurch über den Haufen geworfen wird. Vielleicht müsste man sich beim VBS endlich mal überlegen da anzusetzen, anstatt einfach den Pool an den vom Zwangsdienst betroffenen Personen zu vergrössern und die willkürlich gesetzten Ziele zu erreichen.

DIE LETZTE

WAFFENEXPORTE

Waffen aus der Schweiz in aller Welt

Der Krieg in der Ukraine zwingt Europa sich mit den Folgen von Waffengebrauch auseinander zu setzen. Ihr Fazit: Wir brauchen mehr Waffen. Ein verehrendes Fazit, dass sich aber seit Jahren abzeichnet, denn auch letztes Jahr exportierte die Schweiz Kriegsmaterial für 742,8 Millionen Franken in 67 Länder. VANESSA BIERI

Auch im Ukrainekrieg sind bereits schweizer Waffen aufgetaucht, obwohl offizielle Waffenlieferungen der Schweiz im Moment weder zur Debatte stehen noch sinnvoll wären. Während wir aber versuchen auf die Rohstofffrage aufmerksam zu machen wurden die Zahlen der letztjährigen regulären Waffenexporte veröffentlicht und erschrecken einmal mehr. Die fünf grössten Abnehmer haben sich seit 2020 nicht stark verändert: Deutschland, Dänemark, die USA, Rumänien und Botswana. Ersterer hat Kriegsmaterial im Wert von 123,4 Millionen gekauft. Gleich dahinter folgt aber bereits das Königreich Saudi-Arabien. Die für Menschenrechtsverletzungen bekannte Monarchie kaufte Schweizer Kriegsmaterial im Wert von 51 Millionen Franken. Ähnlich problematisch sind Abnehmer wie die Arabischen Emirate, der Oman oder Katar, alle nehmen es mit den Rechten ihrer Bewohner*innen nicht sonderlich genau und brauchen teils auch Waffengewalt bei der Umsetzung ihrer Gesetze. Trotzdem werden die Lieferungen vom Bund genehmigt. Was erstaunt, wenn man die Exportkriterien des Bundes sieht, welche unter anderem fordern, dass die Menschenrechte im Bestimmungsland respektiert werden müssen.

Geliefert wurden dabei vor allem Hand- und Faustfeuerwaffen, gefolgt von Munition und am lukrativsten war der Verkauf von militärischen Explosiv-, Brenn- und Treibstoffen, welche 39,87% der Einnahmen ausmachten. Nur gerade mal 0,1% der Summe entstand durch Tränengas und andere Reizstoffe. Das grösste Geschäft des Jahres war laut Seco die Ausfuhr von gepanzerten Radfahrzeugen nach Dänemark für 94,6 Millionen Franken. Zweitgrösstes war der Export derselben Warenkategorie nach Rumänien; und Hauptabnehmer ganzer Waffen, also von Pistolen sowie auch Maschinen- und Sturmgewehren, waren – und das scheint kaum erstaunlich – die USA mit 39'135 Stück für über 46,6 Millionen Franken. Nach wie vor bleiben aber 65,01% der Exporte in Europa, was aber, wie wir im Moment sehen, keine Garantie dafür ist, dass sie nicht in einem Krieg Verwendung finden.

Man sieht aber durchaus einen Rückgang im Vergleich mit dem Rekordjahr 2020, trotzdem waren die Exporte so hoch, wie seit 2011 nicht mehr und man sieht immer noch eine Steigung in der Entwicklungskurve. Wie sich der Ukrainekrieg auf die Zahlen des laufenden oder gar

der folgenden Jahre auswirken wird, ist noch unklar, aber die aktuell blinde Aufrüstung lässt Böses vermuten. Umso mehr werden wir in der kommenden Zeit achtsam sein müssen, um Gegensteuer zu geben, denn die Lösung sind nicht einfach mehr Waffen!

Revisor*innen gesucht

Die GSoA sucht zwei neue Revisor*innen. Erforderlich sind Buchhaltungskennntnisse und die Bereitschaft, ein mal pro Jahr für ca. 2 Stunden die Revision vorzunehmen. Interessierte Personen können sich gerne auf finanzen@gsoa.ch melden.

Wir sammeln weiter

(ps) Nach jedem Bericht über den F-35 wird immer klarer, dass dieser Kampfjet eine Kostenfalle ist. Es bleibt auch unklar, wie diese Kampfflugzeuge uns vor Klimakatastrophen schützen können oder was sie tun können, um allen Menschen ein würdiges Leben zu ermöglichen. Die Antwort: Der F-35 kann nichts gegen all die realen Situationen ausrichten, die uns heute Sorgen bereiten.

Bei der Abstimmungskampagne im Herbst 2020 betonte Viola Amherd, dass die Hauptaufgabe der neuen Kampfflugzeuge luftpolizeiliche Einsätze sei. Dennoch war genau dieses Element kein Kriterium beim Flugzeugvergleich, wie es ein Beitrag der Rundschau auf SRF zeigte. Ein Jahr später, nach ein paar Wochen Russischer Angriffe auf die Ukraine bat Bundesrätin Viola Amherd die Allianz gegen den F-35 ihre Initiative zurückzuziehen. Doch das werden wir nicht tun. Denn der Kauf dieser Tarnkappenbomber ist unzumutbar und gefährlich. Sie machen uns nicht nur vom amerikanischen Geheimdienst abhängig, sondern stossen uns ebenfalls in ein Milliardenloch.

Bis heute haben wir etwas mehr als 100'000 Unterschriften gesammelt. Dank eurer Unterstützung ist die Initiative schnell vorangekommen. Doch das heisst noch lange nicht, dass wir fertig sind. Wir müssen weiterhin auf die Strasse gehen, Unterschriften in unserem Umfeld sammeln, um so schnell wie möglich den Kauf dieser Tarnkappenbomber zu verhindern. Nutzen wir also das schöne Wetter, um die Unterschriftensammlung erfolgreich über die Bühne zu bringen!

Unterschriftenbögen können unter folgender Adresse bestellt werden:
initiative@stop-f-35.ch oder auf www.stop-f-35.ch/

GREGOR,
das glückliche Gewehr

Bestellatalon GSoA-Material

Anzahl	Bezeichnung	Frau / Mann	Grösse	Einzelpreis	Total
	Peace-Button			Fr. 1.-	
	T-Shirt Waffenvernichtungsmasse	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt «If war is the answer...»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	Pullover «If war is the answer...»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 35.-	
	T-Shirtf «war is the answer...»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt «Stopp Kampfjets!»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt «Gregor»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	«Gregor»-Feuerzeug			Fr. 2.-	
	GSoA-Sackmesser			Fr. 25.-	
	Friedensfahne	<input type="checkbox"/> PACE	<input type="checkbox"/> PEACE	Fr. 12.-	
	Kleber			kostenlos	
	Jasskarten	<input type="checkbox"/> de Set	<input type="checkbox"/> fr Set	Fr. 5.-	
	Feldpost-Päckli			Fr. 60.-	
	Material zur AUSGESCHOSSEN!-Kampagne:				
	Feuerzeug AUSGESCHOSSEN!			Fr. 2.-	
	Stofftasche AUSGESCHOSSEN!			Fr. 15.-	
	Turnbeutel AUSGESCHOSSEN!			Fr. 15.-	
	Versandkostenanteil			Fr. 4.80	
	Ich werde GSoA-Mitglied	<input type="checkbox"/> Verdienende	Fr. 100.-	<input type="checkbox"/> Nichtverdienende	Fr. 50.-
	Spende	<input type="checkbox"/> Fr. _____	<input type="checkbox"/> Fr. 50.-	<input type="checkbox"/> Fr. 20.-	<input type="checkbox"/> Fr. 10.-
	Ich will aktiv mitmachen: Kontaktiert mich	<input type="checkbox"/>			
	Rechnungsbetrag				

Name

Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Tel.

E-Mail

Bestellung: GSSA, CP 151, 1211 Genève 8, www.gsoa.ch/shop